

SPD

**Wir
SCHREIBEN
ZUKUNFT**

#OPENSPD

**20
THESEN**



Wir
SCHREIBEN
ZUKUNFT

#OPENS PD

„WIR SCHREIBEN ZUKUNFT“

DIE KRÄFTE DES LANDES BÜNDELN, ORIENTIERUNG GEBEN, VERTRAUEN SCHAFFEN.

Viele Menschen fragen sich, wie es mit unserem Land weitergehen wird. Nicht zuletzt der Ausgang der nächsten Bundestagswahl wird über den weiteren Weg Deutschlands entscheiden. Wir laden alle ein, mit uns gemeinsam über die Zukunft unseres Landes zu diskutieren. Deutschland ist ein starkes Land: wirtschaftlich erfolgreich, sozial sicher und ökologisch nachhaltig. Natürlich gibt es auch bei uns ungelöste Probleme und soziale Ungerechtigkeiten. Aber die können wir lösen, weil unser Land auf einem großartigen Fundament gebaut ist. Dieses Fundament haben unsere Großeltern aus Trümmern errichtet. Unsere Eltern haben darauf ein Haus gebaut, das während vieler Krisen Sicherheit und Geborgenheit gegeben hat. Auf diese Leistungen können alle stolz sein. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass auch unsere Kinder und Enkel in diesem Haus gut leben können.

Dafür müssen wir jetzt etwas tun. Dazu gehört, dass in unserem Land der gesellschaftliche Zusammenhalt wieder stärker wird und der Respekt und der anständige Umgang untereinander nicht durch die politische Radikalisierung verloren gehen. Wir wollen, dass die Menschen in Deutschland sicher leben können. Dass wir wirtschaftlich erfolgreich bleiben, damit wir die soziale Sicherheit für alle erhalten und ausbauen können. Und wir wollen ein Land der guten Nachbarn sein. Im Innern und nach außen, wie es Willy Brandt einmal formuliert hat.

Für die SPD ist die Zukunft ein Versprechen auf ein besseres Leben. Und die SPD hat in dieser Wahlperiode bewiesen: Wir halten unsere Versprechen. Wir haben den Mindestlohn und bessere Renten durchgesetzt. In Kindertagesstätten und Schulen investiert. Den gleichen Lohn bei gleicher Arbeit für Frauen und Männer vorangebracht. Eine Geschlechterquote für Aufsichtsräte, Vorstände und oberste Management-Ebenen eingeführt. Die Förderung des sozialen Wohnungsbaus verdreifacht. Städte und Gemeinden finanziell entlastet. Mehr Polizisten eingestellt. Und wir haben dazu beigetragen, dass mehr Menschen in Deutschland Arbeit haben als jemals zuvor. Das ist unsere sozialdemokratische Handschrift.

Und wir wollen mehr erreichen. Denn auch der Zustand Europas und der Welt bestimmt unser Leben in Deutschland. Deshalb haben wir ein eigenes Interesse an sozialer Gerechtigkeit, wirtschaftlichem Fortschritt und politischer Stabilität. Nicht nur in unserem Land, sondern in allen Teilen der Welt. In den letzten 30 Jahren sind immer mehr die wirtschaftlichen Interessen in den Mittelpunkt der Politik geraten und haben vieles andere verdrängt, was für den Zusammenhalt der Gesellschaft wichtig ist. Bildung, Kultur und ein solidarisches Zusammenleben wurden einer abstrakten ökonomischen Nützlichkeit und Verwertbarkeit untergeordnet. Aus dem Menschen wurde das Humankapital. Aus individueller Freiheit wurde der Egoismus des Stärkeren.

Wir sind sicher: eine solche Gesellschaft verliert ihre Bindungen. Die SPD will den Maßstab wieder verändern: der Mensch muss im Mittelpunkt stehen. Und für das Zusammenleben wollen wir faire und gerechte Regeln, national wie international. Die internationale Finanzwirtschaft muss Regeln unterworfen werden. Die Risiken müssen dort getragen werden, wo der Profit hingeht. Unternehmen müssen dort ihre Steuern zahlen, wo sie



Wir
SCHREIBEN
ZUKUNFT

#OPENSPD

angesiedelt sind und Infrastruktur in Anspruch nehmen. Das Steuersystem muss insgesamt so gestaltet sein, dass jedes Unternehmen und jede Privatperson ihren fairen Anteil zur Finanzierung des Gemeinwesens beiträgt. Die Welt verändert sich und viele Menschen spüren das. Und wir wollen, dass dieser Wandel so gestaltet wird, dass die Menschen dabei nicht unter die Räder geraten. Digitalisierung und Globalisierung beinhalten Chancen, nicht nur Unsicherheiten. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen die Zukunft gestalten, Regeln der Globalisierung und Digitalisierung bestimmen und alle dabei mitnehmen.

Die Sozialdemokratische Partei war und ist von der Vorstellung geprägt, dass sich mit demokratischer Politik eine gute Zukunft erreichen lässt. Im Interesse jeder und jedes Einzelnen. Jeder Mensch verdient Unterstützung dabei, sein Leben nach eigenen Vorstellungen führen zu können. Und wer schwierigere Ausgangsbedingungen hat, verdient mehr Unterstützung als andere. Die Kräfte der Gesellschaft bündeln, Orientierung geben, Chancen für alle schaffen und Vertrauen stärken – so packen wir die Herausforderungen unserer Zeit an. Unser Respekt gilt allen, die unsere Gesellschaft und unseren Staat zusammenhalten.

Unsere Politik fördert diesen Zusammenhalt. Populisten begegnen wir mit der Stimme der Vernunft. Politik braucht Haltung, wenn sie Orientierung geben und Vertrauen gewinnen will. Die SPD hat in ihrer 153-jährigen Geschichte immer wieder Haltung bewiesen – gerade in schwierigen Zeiten. Auch heute ist Haltung gefragt, um mit Zuversicht unsere Zeit gerecht, frei und solidarisch zu gestalten.

Sigmar Gabriel
SPD-Parteivorsitzender

ZEIT FÜR VERNUNFT UND RESPEKT IN UNSERER GESELLSCHAFT

Eine in Deutschland lange nicht gekannte Kultur von Respektlosigkeit, Pöbelei, Einschüchterung, Radikalität und Gewaltbereitschaft hat sich ausgebreitet und stellt den Zusammenhalt unserer Gesellschaft in Frage. Rechtspopulisten und Rechtsradikale greifen die Weltoffenheit und Liberalität unseres Landes an. Die SPD verteidigt Demokratie, Freiheit und Vielfalt in unserem Land unmissverständlich gegen alle Verrohungstendenzen – gemeinsam mit allen anderen Demokraten. Die Repräsentanten unseres demokratischen Staates – angefangen von Lehrerinnen und Lehrern über Polizistinnen und Polizisten bis hin zu Rettungskräften – erhalten dabei unsere besondere Unterstützung.

- Rechtsextremistische Übergriffe, Anschläge und Hasskriminalität im Internet haben in den letzten Jahren bedrohlich zugenommen. Diese Gewalt gefährdet Menschenleben und ist eine Gefahr für unsere freie und demokratische Gesellschaft.
- Die Sozialdemokratie sagt laut und unmissverständlich: Wer in diesem Land Flüchtlingsheime anzündet, zu Gewalttaten anstachelt oder Gewalt verübt, wird mit allen verfügbaren rechtsstaatlichen Mitteln zur Rechenschaft gezogen.
- Neben der konsequenten Strafverfolgung der Taten und Täter wollen wir auch die Ausweitung und Verstärkung der Präventionsarbeit weiter voranbringen.

SIGMAR GABRIEL

Deutschland braucht eine neue Kultur der Vernunft und des Zusammenhalts. Viele Menschen haben Angst vor der Aggressivität, die in unserer Gesellschaft aufgebrochen ist und die die politische Kultur vergiftet. Unsere Antwort darauf ist eine Politik, die den Zusammenhalt in der ganzen Gesellschaft fördert. Populisten treffen wir mit der Stimme der Vernunft. Wir treten mit konkreten Vorschlägen den dumpfen Parolen entgegen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden Demokratie, Freiheit und Vielfalt in unserem Land unmissverständlich gegen alle Verrohungstendenzen verteidigen – gemeinsam mit allen Demokratinnen und Demokraten.

STRAFTATEN GEGEN ASYLUNTERKÜNFTE

199
IN 2014

1.031

IN 2015

Quelle: Bundeskriminalamt

Weiterführende Links

Aktion „Stimme für Vernunft“: www.spd.de/stimmefuervernunft/

Friedrich-Ebert Stiftung gegen Rechtsextremismus: www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/index.php

Projekt Neues Miteinander der SPD-Fraktion: www.spdfraktion.de/fraktion/projekt-zukunft/neues-miteinander

ZEIT FÜR EIN GERECHTES STEUERSYSTEM, DAS FAMILIEN ENTLASTET

Wir brauchen keine Steuersenkungen mit der „Gießkanne“ für alle. Sondern Entlastung für die, die es nötig haben: Familien, Alleinerziehende und Menschen mit mittlerem und niedrigem Einkommen. Und besonders hohe Einkommen und Vermögen müssen mehr zum Allgemeinwohl beitragen.

- Wir wollen, dass Kinder besser gestellt werden, auch die von Alleinerziehenden und unverheirateten Eltern.
- Wir prüfen im Steuerrecht einen neuen Familientarif, der bei der Besteuerung von Familien in erster Linie die Kinder unabhängig vom Familienmodell der Eltern berücksichtigt.
- Steuergeschenke für einzelne Gruppen („Mövenpick-Steuer“) werden wir abschaffen.



CARSTEN SCHNEIDER

Wir wollen Steuern und Abgaben gerechter gestalten. Dazu gehört einerseits, Kapitalerträge künftig wieder wie Arbeitseinkommen zu besteuern und Steuerbetrug und Steuervermeidung zu bekämpfen. Und andererseits eine Entlastung für Familien mit Kindern sowie für untere und mittlere Einkommen.

MANUELA SCHWESIG

Größtes Glück und größte Verantwortung. Wer Kinder hat, weiß, was ich meine. Neben Zeit füreinander und einer guten Infrastruktur brauchen Familien auch finanzielle Sicherheit: eine größere Wohnung, Kleidung, Sportverein, Klassenfahrten und, und, und... – manchen macht das Sorgen. Gerade Familien mit mittleren und niedrigeren Einkommen brauchen Unterstützung. Deshalb wollen wir dort, wo Kinder sind, Familien bei Steuern entlasten.

DAS UNGERECHTE EHEGATTENSPLITTING

	VERHEIRATETES PAAR, KEIN KIND 	UNVERHEIRATETES PAAR, ZWEI KINDER 
BEISPIEL 1 Mann verdient 100.000 €, Frau verdient nichts	VORTEIL: 8.333 €	VORTEIL: 0 €
BEISPIEL 2 Mann verdient 70.000 €, Frau verdient 30.000 €	VORTEIL: 1.201 €	VORTEIL: 0 €
BEISPIEL 3 Mann verdient 50.000 €, Frau verdient 50.000 €	VORTEIL: 0 €	VORTEIL: 0 €

Quelle: Bund der Steuerzahler

Weiterführende Links

Informationen des Deutschen Juristinnen Bund zum Ehegattensplitting: www.djb.de/Kom/K4/pm13-09/pm13-8E/
Informationen des DIW Berlin zur Besteuerung von Paaren: www.diw.de/de/diw_01.c.465265.de/presse/diw_round-up/besteuerung_von_paaren_das_ehegattensplitting_und_seine_alternativen.html



Wir
SCHREIBEN
ZUKUNFT
#OPENSPD

ZEIT FÜR GUTE BILDUNG


Bildung ist die wichtigste Investition in unsere Zukunft. Wir sind stolz, dass wir eine Grundgesetzänderung durchgesetzt haben und der Bund die Länder endlich bei der Bildung besser finanziell unterstützen kann. Wir werden bis 2021 die Schulen sanieren und modernisieren, ein verlässliches Ganztagsangebot verwirklichen und den flächendeckenden Ausbau der Schulsozialarbeit gewährleisten. Wir fangen in den Stadtteilen an, in denen es die Menschen am schwersten haben. Und für uns ist klar: Bildung muss gebührenfrei sein – von der Kita bis zur Hochschule.

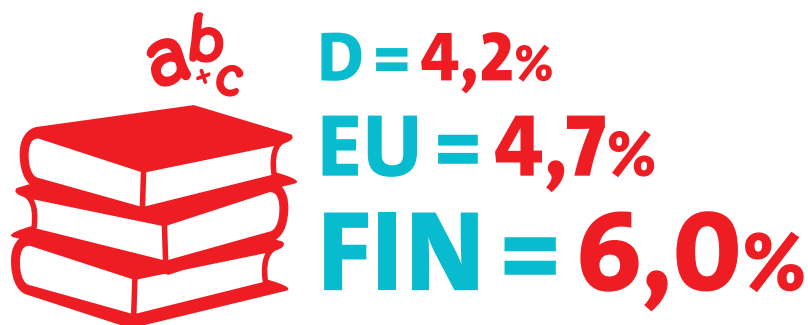
- Soziale Herkunft spielt immer noch eine entscheidende Rolle für die Bildungserfolge – das müssen wir zwingend beenden! Wir wollen, dass Leistung und nicht der Geldbeutel der Eltern zählt.
- Der Sanierungsbedarf von Schulen liegt im zweistelligen Milliardenbereich. Mit einer Bildungsallianz wollen wir gemeinsame Kräfte von Bund, Ländern und Kommunen freisetzen. Unsere Schulen von morgen müssen gerechter, moderner und leistungsfähiger sein.
- Wir wollen für ein gutes und ausreichendes Angebot an Krippen, Kitas und Ganztagschulen sorgen und einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von Kita- und Grundschulkindern einführen.

HUBERTUS HEIL

Wenn in der Schule der Putz von der Decke kommt oder die Heizung im Winter ausfällt, wenn der Familienvater seiner begabten Tochter den Studienplatz nicht finanzieren kann, oder die Kita zu teuer ist, dann ist es Zeit, dass unser reiches Land sagt: Unsere Kinder haben besseres verdient. Gemeinsam schaffen wir viel mehr!

DIE ÖFFENTLICHEN BILDUNGS-AUSGABEN

in Deutschland betragen nur 4,2%
des Bruttoinlandsproduktes. 
Im europäischen Durchschnitt sind es 4,6%,
in Finnland sogar 6,0%.



Quelle: OECD

Weiterführende Links

Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie: forscher.de

Standpunkte zur Bildung: www.spd.de/standpunkte/gute-bildung-fuer-alle/

Bildung auf einen Blick der OECD: www.oecd.org/berlin/publikationen/bildung-auf-einen-blick.htm

ZEIT FÜR DEN KAMPF GEGEN KINDERARMUT

In einem so reichen Land wie unserem darf es keine Kinderarmut geben. Weil Kinderarmut immer auch Elternarmut ist, werden wir die Steuern und Abgaben für Familien und Alleinerziehende senken. Zudem wollen wir ein nach Einkommen und Kinderzahl gestaffeltes Kindergeld einführen. Dafür wollen wir das Kindergeld mit dem Kinderzuschlag zusammenführen.

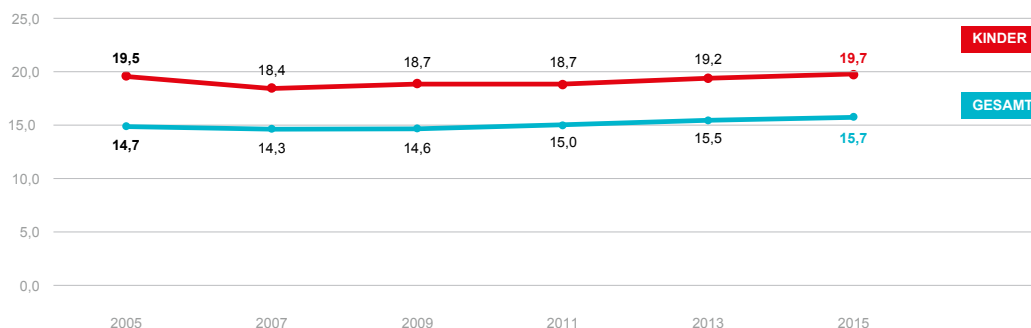
Wir werden Krippen, Kitas, Horte und Ganztagschulen ausbauen und den Unterhaltsvorschuss weiter verbessern. Wir wollen, dass alle Kinder in materieller Sicherheit aufwachsen.

- Mit 19 Prozent sind Kinder weiterhin deutlich häufiger arm als der Durchschnitt der Bevölkerung (15,4 Prozent). Besonders betroffen von Armut sind Kinder von Alleinerziehenden und Kinder in Familien mit drei oder mehr Kindern.
- Arme Kinder haben einen deutlich schlechteren Zugang zu Bildung, Kultur und Sport. Je länger Kinder in Armut leben, desto schlechter stehen ihre Entwicklungschancen.
- Wir nehmen das Problem der Kinderarmut sehr ernst – der Ausbau von Betreuungsmöglichkeiten, ein gerechteres Kindergeld, Entlastungen von Familien und nicht zuletzt gute Löhne sind dringend notwendig.

KATARINA BARLEY

Kinder sind dann arm, wenn ihre Eltern arm sind. In Deutschland trifft das auf fast jedes fünfte Kind zu. Besonders betroffen sind die Kinder von Alleinerziehenden. Diesen skandalösen Zustand müssen wir beheben. Wir wollen Familien mit Kindern gezielt finanziell fördern. Kein Kind darf zurückgelassen werden.

ENTWICKLUNG DER EINKOMMENSARMUT VON KINDERN IN DEUTSCHLAND in Prozent



Quelle: www.amtliche-sozialberichterstattung.de

Weiterführende Links

Studie der Böckler Stiftung – Kinderarmut in Deutschland http://www.boeckler.de/63056_63096.htm

Fact Sheet Kinderarmut der Bertelsmann Stiftung <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/factsheet-kinderarmut/>

ZEIT FÜR SICHERE UND GUTE ARBEIT

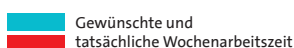
Wir wollen für mehr gute und sichere Arbeit sorgen. Arbeitsverträge sollen nur in Ausnahmefällen vom Arbeitgeber befristet werden können. Schließlich brauchen gerade junge Menschen eine verlässliche Perspektive, wenn sie eine Familie gründen wollen. Zu guter Arbeit gehört auch, flexible Arbeitszeiten zu ermöglichen, statt dauerhafte Verfügbarkeit. Die Digitalisierung bietet dafür neue Chancen. Diese wollen wir nutzen, die Arbeitnehmer aber gleichzeitig vor digitalem Dauerstress schützen. Für die immer noch zu vielen Langzeitarbeitslosen wollen wir einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor schaffen und so Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren.

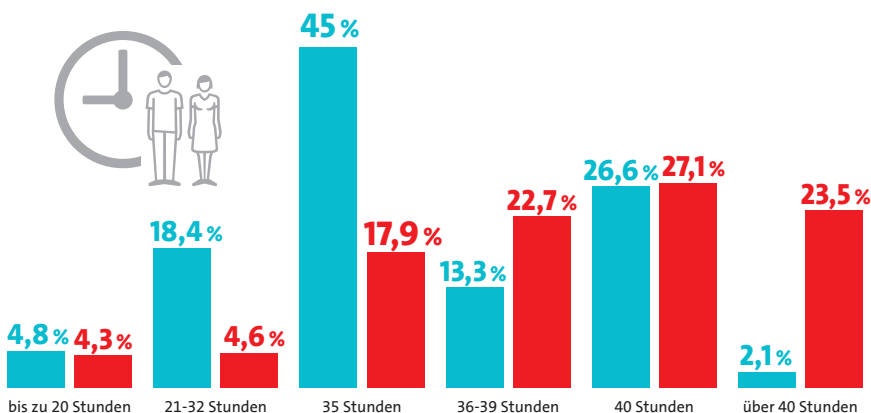
- Viele Menschen wollen mehr Zeit: für die Familie, für die Weiterbildung oder für sich selbst. Wir wollen ein Recht auf mobile Arbeit verankern, unter Wahrung der Mitbestimmung und mit einem Rückkehrrecht auf den festen Arbeitsplatz im Betrieb.
- Mehr Wahlfreiheit bedeutet auch einen Rechtsanspruch, nach einer Phase der Teilzeitarbeit auf die vorherige Arbeitszeit zurückzukehren.
- Fast jede zweite Neueinstellung ist nur noch befristet. Vor allem junge Menschen sind betroffen und haben kaum Planbarkeit für ihr Leben. Wir werden die Befristung von Arbeitsverträgen ohne sachlichen Grund abschaffen.

ANDREA NAHLES

Die Arbeitswelt wandelt sich. Wir sollten die Chancen der Digitalisierung nutzen – für mehr selbstbestimmtes Arbeiten bei guter Bezahlung und die richtige Balance von Arbeit, Freizeit und Familie.

ARBEITSZEIT: WUNSCH UND WIRKLICHKEIT

 Gewünschte und tatsächliche Wochenarbeitszeit



Quelle: IG Metall – Beschäftigtenbefragung 2013



BEFRISTET BESCHÄFTIGT

Fast ein Fünftel aller Beschäftigungsverhältnisse von 25- bis 34-Jährigen sind befristet – bei Neueinstellungen ist es sogar die Hälfte.



Quelle: Statistisches Bundesamt

Weiterführende Links

Projekt Neuer Zusammenhalt der SPD-Fraktion: www.spdfraktion.de/fraktion/projekt-zukunft/neuer-zusammenhalt
Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik: www.bundes-sgk.de



Wir
SCHREIBEN
ZUKUNFT
#OPENSPD

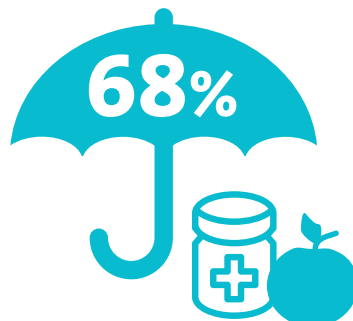
ZEIT FÜR EINE BÜRGERVERSICHERUNG UND GUTE PFLEGE

Eine gute medizinische Versorgung steht jedem Menschen zu. Wir sorgen dafür, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer wieder den gleichen Anteil an den Kosten der Krankenversicherung tragen. Deswegen wollen wir eine paritätische Bürgerversicherung, in die alle einzahlen und durch die alle die gleiche gute Versorgung bekommen. Wir freuen uns, dass immer mehr Menschen länger leben und länger fit bleiben. Dennoch wird die Zahl der Pflegebedürftigen deutlich steigen. Gute Pflege ist ein Grundrecht. Die gleiche Sorgfalt und Energie, die wir auf die ersten Jahre unserer Kinder verwenden, müssen wir auch für die letzten Jahre unserer Älteren aufbringen. Die Männer und Frauen in den Pflegeberufen verdienen Anerkennung und eine bessere Bezahlung.

- Wir wollen die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung in der gesetzlichen Krankenversicherung: Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen die Beiträge wieder zu gleichen Teilen bezahlen.
- Mit der paritätischen Bürgerversicherung bei Gesundheit und Pflege gewährleisten wir den gleichen Zugang zum medizinischen Fortschritt für alle Bürgerinnen und Bürger – unabhängig von Einkommen und Wohnort. Das will auch die Mehrheit der Bevölkerung!
- Wir müssen den Menschen, die in Einrichtungen der Pflege arbeiten, die verdiente Anerkennung und Aufwertung ihrer Berufe geben. Dazu gehört eine gute Ausbildung genauso wie eine gute Bezahlung und mehr Vollzeitbeschäftigung.



wollen gleiche Beiträge von
Arbeitgebern und Arbeitnehmern.



wollen eine
BÜRGERVERSICHERUNG.

Quelle: IG Metall / TNS Infratest

KARL LAUTERBACH

Krankheit oder Pflege kann uns alle treffen. Egal, ob man viel Geld hat oder wenig. Eine gute Versorgung für alle ist auch eine Aufgabe für alle. Verschiedene Systeme – Zwei-Klassen-Medizin und -Pflege – bringen uns nicht weiter.

KATARINA BARLEY

Liebe und Fürsorge: Das ist wichtig – vor allem am Anfang und am Ende unseres Lebens. Für uns alle. Wie für unsere Kinder wollen wir uns darum auch um unsere Alten kümmern. Und die Frauen und Männer, die uns helfen, verdienen mehr Anerkennung. Das heißt zum Beispiel: bessere Bezahlung in den Pflegeberufen!

Weiterführende Links

IG Metall Gesundheitskosten gerecht verteilen <https://www.igmetall.de/krankenversicherung-paritaet-herstellen-23529.htm>

Gesundheit SPD-Fraktion <http://www.spdfraktion.de/themen/gesundheit>

Bündnis für Gute Pflege <http://www.buendnis-fuer-gute-pflege.de/>



Wir
SCHREIBEN
ZUKUNFT
#OPENS PD

ZEIT FÜR EINE GERECHTE RENTE UND SOZIALE SICHERHEIT IM ALTER

Die gesetzliche Rentenversicherung steht gegenwärtig gut da. Darauf können wir aufbauen. Wir wollen das Rentenniveau stabilisieren und die Rente zukunftsfest machen. Wir wollen die Erwerbsminderungsrentner besserstellen. Und eine Mindestrente einführen für Menschen, die über vier Jahrzehnte lang Vollzeit gearbeitet haben. Bisher nicht versicherte Erwerbstätige wie Solo-Selbstständige wollen wir besser absichern.

- Rentenversicherungsbeiträge und das Leistungsniveau bleiben bis 2020 stabil. Wir wollen, dass die Menschen auch danach in die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung vertrauen können.
- Es muss der Grundsatz gelten, dass jahrzehntelange Arbeit beim Einkommen im Alter anerkannt wird. Und wir müssen gezielt Armutsrissen verringern.
- Wir wollen die gesetzliche Alterssicherung insbesondere durch die Stärkung der betrieblichen Vorsorge besser ergänzen.

RALF STEGNER

Wer viel geleistet, viel gearbeitet hat in seinem Leben, sollte auch etwas davon haben – auch im Alter in Würde leben. Dafür sorgen wir. Die Rente zum Leben.

DIE SÄULEN DER ALTERSSICHERUNG

GESETZLICHE RENTE	BETRIEBLICHE ALTERSVORSORGE	RIESTER-RENTE
Über 53 MIO. Versicherte	Über 20 MIO. Anwartschaften	Über 15 MIO. Verträge
Solidarisches Umlageverfahren	Versorgungszusagen	Privatvertrag
Paritätische Finanzierung	Direktversicherung	Auszahlung als Rente
Beitrag 18,7%	Entgeltumwandlung	Nicht vererbbar
	Insolvenzschutz	Nicht pfändbar

Quelle: Eigene Darstellung

Weiterführende Links

Rente beim BMAS mit Statement Andrea Nahles <http://www.bmas.de/DE/Themen/Rente/rente.html>

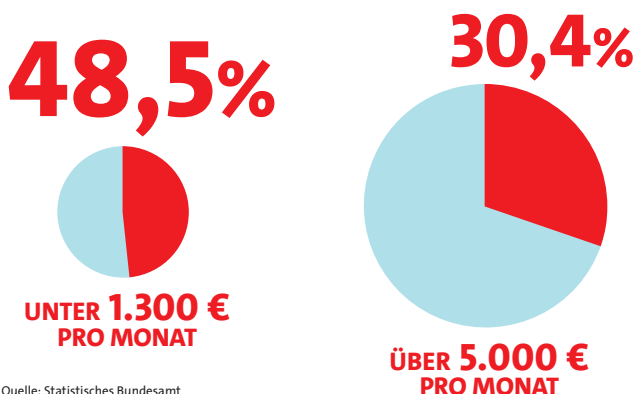
Rente SPD-Fraktion <http://www.spdfraktion.de/themen/rente>

ZEIT FÜR BEZAHLBAREN WOHNRAUM

Lebenswerte Städte müssen sich alle Menschen leisten können. Wir werden den Bau von bezahlbaren Wohnungen mit einer neuen Offensive für den sozialen Wohnungsbau voranbringen. Wir wollen sicherstellen, dass Normalverdiener sich Wohneigentum leisten können. Wir werden das erfolgreiche Modell der Genossenschaften mit neuem Leben erfüllen. Die Rechte der Mieter werden wir durch eine Präzisierung der Mietpreisbremse und die Begrenzung der Modernisierungsumlage stärken.

- Wir werden günstigen Wohnraum dort schaffen, wo er am dringendsten gebraucht wird: in den Groß- und Universitätsstädten sowie den stadtnahen Landkreisen.
- Die von uns bereits deutlich erhöhten Mittel für den sozialen Wohnungsbau reichen nicht aus. Mehr Wohnungsbau und die Entwicklung unserer Städte und Gemeinden in gemeinsamer Verantwortung von Bund und Ländern ist unser Ziel. Derzeit gibt es in Deutschland rund 1,5 Millionen Sozialwohnungen – der Bedarf liegt jedoch bei schätzungsweise 3,5 Millionen.
- Je niedriger das Haushaltseinkommen ist, desto höher ist der Anteil der Wohnkosten. Indem wir die Mieterhöhung nach Modernisierungsmaßnahmen begrenzen und zugleich das Wohngeld regelmäßig anpassen, wollen wir die Wohnkosten in angemessenen Grenzen halten.

ANTEIL DER WOHNKOSTEN AM VERFÜGBAREN HAUSHALTS- NETTOEINKOMMEN



Quelle: Statistisches Bundesamt

BARBARA HENDRICKS

Jeder hat das Recht auf eine bezahlbare Wohnung. Wir werden deshalb die Mieterrechte weiter stärken, wir werden den Erwerb von Wohneigentum erleichtern und wir investieren in den sozialen Wohnungsbau.

SÖREN BARTOL

Wohnen ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Guter und bezahlbarer Wohnraum darf kein Luxusgut sein. Deshalb wollen wir die Mittel für die soziale Wohnraumförderung weiter erhöhen, Wohnungsneubau durch zusätzliche Maßnahmen ankurbeln und die Mieterrechte weiter stärken.

FLORIAN PRONOLD

Nachbarschaften, in denen sich alle Menschen sicher und zu Hause fühlen, halten unsere Städte und Gemeinden zusammen. Lebenschancen dürfen nicht vom Wohnort abhängen. Deswegen wollen wir dem Auseinanderdriften in reiche und arme Viertel, in boomende und abgehangene Regionen entgegenwirken. Wir stoppen die Mietpreisspirale, stärken den sozialen Wohnungsbau und machen Schulen, Kitas und Bürgerhäuser zu Orten der Integration in der „Sozialen Stadt“.

Weiterführende Links

Bundesministerium für Umwelt und Bauen: www.bmub.de

Deutscher Mieterbund: www.mieterbund.de

Standpunkte für starke Kommunen: www.spd.de/standpunkte/gut-leben-in-starken-kommunen/

ZEIT FÜR INVESTITIONEN IN UNSERE ZUKUNFT: DER SPD-DEUTSCHLANDPLAN

Mit einem neuen Deutschlandplan werden wir in unsere Zukunft investieren und unser Land auf diese Weise „enkelfähig“ machen: Wir investieren in schnelle Glasfaserverbindungen, die überall in Deutschland die digitale Zukunft sichern. In die Erhöhung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Und auch in die klassische Infrastruktur von Verkehrswegen und Versorgung.

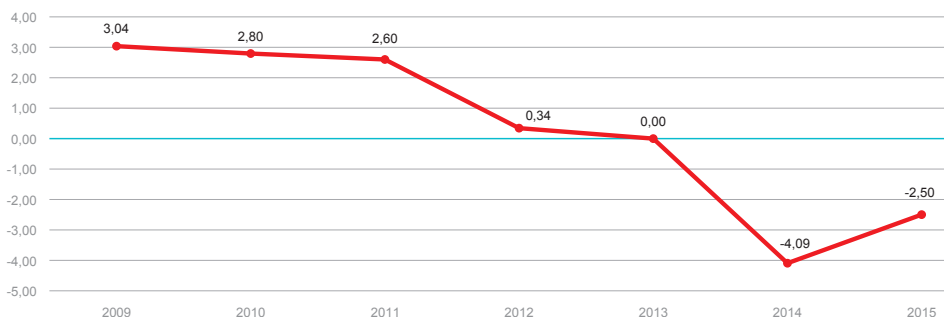
- Investitionen spiegeln das Zukunftsvertrauen eines Landes. Öffentliche Investitionen sind dabei häufig eine Voraussetzung für private Investitionen.
- Wir wollen eine bessere Forschungsförderung für kleinere und mittelgroße Unternehmen. Wir setzen uns für zukunftsweisende Technologien mit großem Wertschöpfungspotenzial ein.
- Höhere Investitionen in Bildung, Infrastruktur und die Sicherheit und Zukunft unseres Landes müssen solide und gerecht finanziert werden. Der Staat ist handlungsfähig und muss nun die notwendigen Investitionen tätigen. Das wünscht sich auch die Mehrheit der Bürger!

SIGMAR GABRIEL

Deutschland braucht eine Investitionsoffensive. Wir müssen in die Zukunft investieren, damit wir auch in 10 Jahren noch wirtschaftlich erfolgreich sind. Bis 2025 brauchen wir die beste digitale Infrastruktur der Welt, sonst werden wir ökonomisch abgehängt. Und wir müssen die Schulgebäude deutschlandweit sanieren. In den schwierigsten Stadtteilen müssen die modernsten Schulen stehen. Diese beiden Investitionen sind Zukunftssicherung.

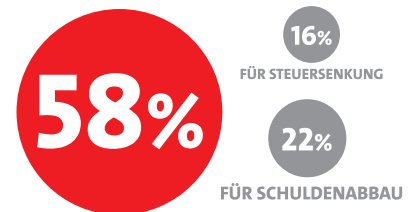
NETTOINVESTITIONEN

des Staates (in Mrd. €)



Quelle: Statistisches Bundesamt

VERWENDUNG STAATLICHER MEHREINNAHMEN



der Bundesbürger wollen,
dass Mehreinnahmen
FÜR INVESTITIONEN
verwendet werden.

Quelle: ARD/Infratest dimap

Weiterführende Links

Investitionen sichern Aufschwung – Böckler Stiftung: www.boeckler.de/63240_63250.htm

Investitionsstrategie BMWI: www.bmwi.de/DE/Themen/Wirtschaft/investitionsstrategie.html

Projekt Neue Erfolge der SPD-Fraktion: www.spdfraktion.de/fraktion/projekt-zukunft/neue-erfolge

ZEIT FÜR FAMILIEN

Kinder brauchen Zeit mit ihren Eltern, Familien brauchen Zeit füreinander. Gut im Job zu sein und genug Zeit für die Kinder zu haben, ist für Millionen Familien immer noch ein täglicher Kampf. Das gilt unabhängig davon, ob ein oder zwei Elternteile im Haus leben. Mit dem Familiengeld wollen wir den Eltern die Flexibilität im Job geben, um Familie und Beruf zu vereinbaren.

- Viele junge Väter arbeiten nach der Geburt ihres Kindes wieder voll, obwohl sie oft gern etwas weniger arbeiten würden als vorher. Mütter hingegen steigen meist in „kleiner Teilzeit“ wieder ein, obwohl sie oft gern etwas mehr arbeiten möchten.
- Wir wollen deshalb die Familienarbeitszeit mit einem Familiengeld einführen.
- Wenn beide Elternteile ihre Arbeitszeit reduzieren, sollen sie für 24 Monate durch ein Familiengeld unterstützt werden. Natürlich sollen auch Allein- oder getrennt Erziehende das Familiengeld erhalten.

MANUELA SCHWESIG

Die Zeit mit den eigenen Kindern ist kostbar; für jede Mutter, für jeden Vater. Und wenn beide einen Job haben, brauchen sie gute Rahmenbedingungen, um alles unter einen Hut zu bringen. Das gilt in besonderem Maße auch für Alleinerziehende. Mehr Zeit für Familie und trotzdem berufstätig sein – wie das gehen kann, dafür haben wir neue Ideen.

CAROLA REIMANN

Die SPD wird gelebte Partnerschaftlichkeit gezielt unterstützen. Wir wollen, dass Familie und Beruf als doppeltes Glück und nicht als doppelte Belastung empfunden werden. Und wir wollen Alleinerziehende besser unterstützen – durch bessere materielle Absicherung, gute Betreuungsinfrastruktur und gute Arbeit!

MEHR ZEIT FÜR FAMILIE



Weiterführende Links

Initiative Erfolgsfaktor Familie: www.erfolgsfaktor-familie.de

Standpunkte zu Familien: www.spd.de/standpunkte/wir-machen-familien-stark

Projekt Neue Zeiten der SPD-Fraktion: www.spdfraktion.de/fraktion/projekt-zukunft/neue-zeiten

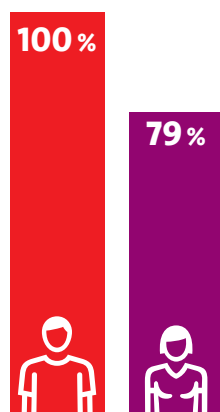
ZEIT FÜR GLEICHBERECHTIGUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN – AUCH BEIM LOHN

Wir sind stolz, dass wir gegen heftigen Widerstand mehr Gerechtigkeit für Frauen erreicht haben. Wir haben mit dem Gesetz für Lohngerechtigkeit dafür gesorgt, dass endlich Transparenz in den Betrieben hergestellt wird. Frauen haben jetzt eine Chance zu erfahren, ob sie gegenüber männlichen Kollegen benachteiligt werden. Wir wollen weitere Schritte gehen, um die Lohnlücke zu schließen. So werden wir klassische „Frauenberufe“ wie Erzieherinnen oder Altenpflegerinnen aufwerten und das Schulgeld abschaffen. Wer einen sozialen Beruf ergreift, soll dafür entlohnt werden und nicht dafür bezahlen.

- Wir haben durchgesetzt, dass Beschäftigte in Betrieben mit mehr als 200 Beschäftigten künftig einen individuellen Auskunftsanspruch haben. Damit werden mehr als 14 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nun das Recht haben zu erfahren, wie sie im Vergleich zu anderen bezahlt werden.
- Sollte die Auskunft ergeben, dass tatsächlich ungerechtfertigt zu wenig Lohn gezahlt wurde, besteht ein Anspruch auf Nachzahlung.
- Aber das ist nur der Anfang: Wir wollen, dass Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern der Vergangenheit angehören. Im nächsten Schritt werden wir gemeinsam mit den Tarifpartnern die sozialen Berufe, in denen vor allem Frauen arbeiten, aufwerten – in der Gesundheit, Pflege, Betreuung und in der frühkindlichen Bildung.

MANUELA SCHWESIG

Die Realität ist: 21 Prozent verdienen Frauen im Durchschnitt weniger als Männer. Die Realität ist auch: Wir nehmen das nicht länger hin! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Das ist das Ziel. Wir sind da schon ein gutes Stück weiter gekommen. Und wir bleiben weiter dran.



Quelle: Statistisches Bundesamt

DEUTLICHE LOHNLÜCKE:

Im Durchschnitt verdienen Frauen etwa

1/5 WENIGER
als Männer.



Weiterführende Links

Online-Petition FairPay: www.fairpay-heute.de

Equal Pay Day: www.equalpayday.de

Standpunkte Gleichstellung: www.spd.de/standpunkte/gleichstellung-in-der-gerechten-gesellschaft/

ZEIT FÜR GLEICHBERECHTIGUNG IN EINER FORTSCHRITTLICHEN GESELLSCHAFT

Wir wollen, dass alle Menschen in Deutschland die gleichen Rechte haben und gerecht behandelt werden. Unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Orientierung, Herkunft oder Behinderung. Wir wollen die Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare öffnen. Das schließt das Adoptionsrecht ausdrücklich mit ein. Für uns ist Familie dort, wo Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen.

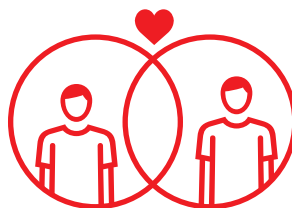
- Wir haben 2001 die eingetragene Lebenspartnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare eingeführt. Der nächste Schritt hin zur Öffnung der Ehe ist nur konsequent und wird von zwei Dritteln der Deutschen befürwortet.
- Der Schutz vor Diskriminierung hat Verfassungsrang. Damit das auch im Hinblick auf die sexuelle Identität unmissverständlich gilt, werden wir das im Grundgesetzes (Art. 3 GG) ausdrücklich festschreiben.
- Das Unrecht der strafgerichtlichen Verurteilungen wegen einvernehmlicher homosexueller Handlungen in den Jahren 1945 bis 1994 wird korrigiert. Die unwürdigen Verurteilungen werden wir aufheben und die Betroffenen entschädigen.

KATARINA BARLEY

Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich, sagt unser Grundgesetz. Ausnahmen werden nicht gemacht – nicht bei Männern, Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund oder wegen der sexuellen Orientierung. Es geht um alle Menschen. Und es geht um gleiche Rechte. Wir nehmen das Grundgesetz ernst.

EHE FÜR ALLE

68%
JA



Quelle: yougov.com

Weiterführende Links

Initiative Ehe für Alle: www.ehefueralle.de/

Standpunkte für unser Land: www.spd.de/standpunkte/fuer-unser-land-menschlich-und-weltoffen/

Schwusos in der SPD: www3.spd.de/spd_organisationen/schwusos/

ZEIT FÜR REGELN ZUR EINWANDERUNG

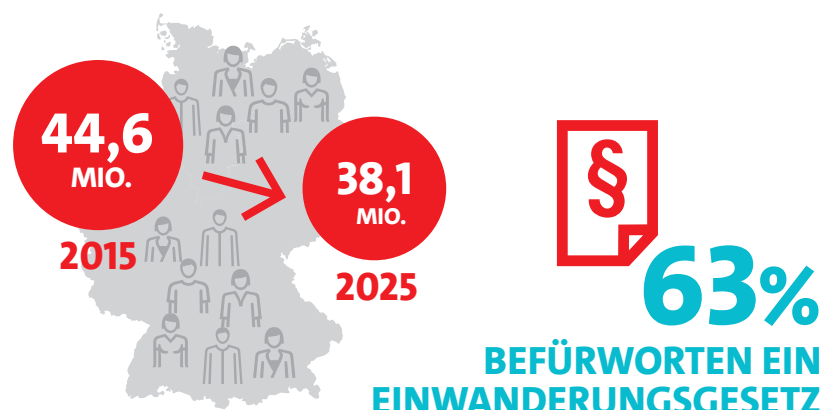
Wer vor Krieg und Terror flieht, wird auch weiterhin in Deutschland Schutz finden. Zugleich müssen wir die Konzepte, mit denen wir Migration nach Deutschland und Europa besser steuern können, endlich durchsetzen. Wir wollen klare Regeln für die Zuwanderung nach Deutschland schaffen. Für uns ist klar: Zuwanderung braucht Kontrolle und Integration braucht Überzeugung. Ein modernes Einwanderungsgesetz beschreibt damit auch, wie wir Integration fördern und welche Anforderungen die Gesellschaft stellt.

- Einwanderung muss politisch gesteuert werden. Wir wollen ergänzend zu den bestehenden Regeln ein System einführen, das Kriterien wie berufliche Abschlüsse, Berufserfahrung, Sprachkenntnisse, Alter und Integrationsfähigkeit berücksichtigt.
- Vielfalt trägt zu unserer offenen, pluralistischen Gesellschaft bei. Allerdings braucht es ein umfassendes Konzept der Integration.
- Hierfür müssen Staat und Politik die Voraussetzungen schaffen und vor allem in Sprachförderung, Bildung, Ausbildung, Arbeitsmarkt, Wohnungsbau und Gesundheit investieren.

AYDAN ÖZOĞUZ

Wir wollen Einwanderung so steuern, dass sie zu Wohlstand, Wachstum und mehr Arbeitsplätzen in unserem Land beiträgt. Wegen der Demografie fehlen uns in zehn Jahren sechs Millionen Erwerbsfähige. Und schon heute ist wegen des Fachkräftemangels ein Einwanderungsgesetz aus einem Guss überfällig, damit mehr qualifizierte Arbeitskräfte den Weg zu uns finden.

ENTWICKLUNG DES ERWERBSPOTENTIALS



Quelle: ARD/Infratest dimap 2015

Weiterführende Links

Standpunkte für unser Land: www.spd.de/standpunkte/fuer-unser-land-menschlich-und-weltoffen/
 Projekt Neues Miteinander der SPD-Fraktion: www.spdfraktion.de/fraktion/projekt-zukunft/neues-miteinander
 Arbeitsmarktprognose des BMAS: www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/a756-arbeitsmarktprognose-2030.pdf?__blob=publicationFile

ZEIT FÜR LEBENSQUALITÄT AUF DEM LAND

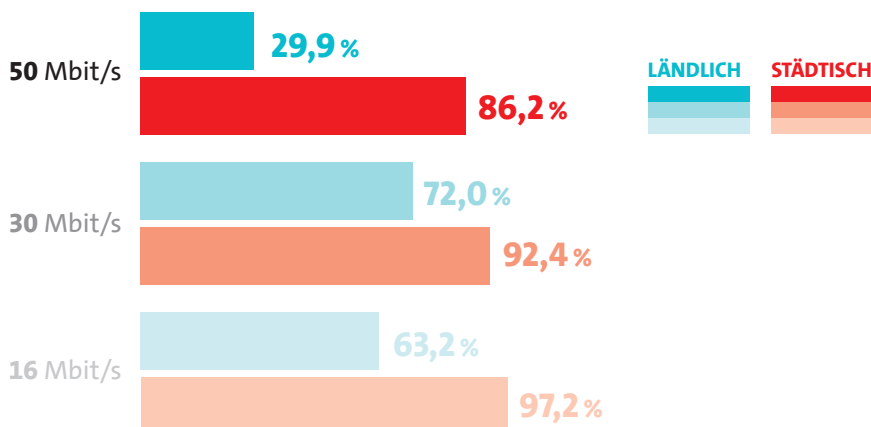
Die meisten Menschen in Deutschland wohnen nicht in Metropolen, sondern in kleineren Städten und Dörfern. Wir wollen, dass die Menschen auch außerhalb der Ballungszentren gut leben und arbeiten können. Deshalb sorgen wir zusammen mit den Ländern für gute medizinische und pflegerische Versorgung, neue Mobilitätsangebote und gut erreichbare Schulen. Die Digitalisierung ist eine Chance gerade für den ländlichen Raum. Mit einem flächendeckenden Gigabit-Netz haben Unternehmen, Handwerksbetriebe und freie Berufe überall Perspektiven. So können Menschen aus einem lebenswerten, sozial gefestigten und schönen Umfeld heraus erfolgreich arbeiten.

- Gleichwertige Lebensverhältnisse sind unser Ziel. Überall im Land sollen die Menschen ein gutes Lebensumfeld haben, um sich zu entfalten, um mitzubestimmen, um zu lernen, zu arbeiten und gesund zu bleiben.
- Um die Attraktivität des ländlichen Raums zu erhöhen, wollen wir die Erreichbarkeit und die öffentlichen Dienstleistungen verbessern, die Nahversorgungsangebote bündeln und vor allem auch wieder Arbeit in die Regionen bringen.
- Ohne schnelles Internet können sich Handwerk, Handel und Gewerbe im ländlichen Raum und in Randlagen nicht weiter entwickeln und ihre Potentiale ausschöpfen. Schnelles Internet ist zentral für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

MALU DREYER

Alle Menschen in Deutschland brauchen gleiche Chancen und gute Lebensbedingungen, unabhängig ob in den Metropolen oder im ländlichen Raum. Die Mehrheit der Menschen wohnt in kleineren Städten und Dörfern. Gerade in Zeiten des demografischen Wandels müssen wir öffentliche Infrastrukturen und Dienstleistungen sicherstellen: das bedeutet flächendeckende Gesundheitsversorgung, erreichbare Schulen und Kitas oder Mobilitätsangebote. Große Chancen sehe ich für die ländlichen Räume durch die Digitalisierung: Mit einer schnellen Internetverbindung können heutzutage viele arbeiten, wirtschaften, lernen, einkaufen oder mitbestimmen – egal ob von Budenheim, Betzdorf oder Berlin aus.

BREITBANDVERFÜGBARKEIT IN DEUTSCHLAND



Quelle: Bundesministerium für Verkehr und Infrastruktur

Weiterführende Links

Projekt Neuer Zusammenhalt der SPD-Fraktion: www.spdfraktion.de/fraktion/projekt-zukunft/neuer-zusammenhalt
 Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik: www.bundes-sgk.de

ZEIT FÜR DIE ZUKUNFTSSICHERUNG DER ARBEITSPLÄTZE

Die erneuerbaren Energien, Klimaschutz und der Umstieg auf Elektromobilität sind wichtig und unverzichtbar. Umwelt- und Energietechnologien „Made in Germany“ haben hunderttausende neue Arbeitsplätze geschaffen. Genauso werden wir die klassischen Industriebranchen und das Handwerk sichern und fördern. Diese gilt es gegen Dumping-Methoden in einem unfairen internationalen Wettbewerb zu verteidigen. Die SPD sorgt dafür, dass Deutschland ein starker Standort für industrielle Produktion bleibt.

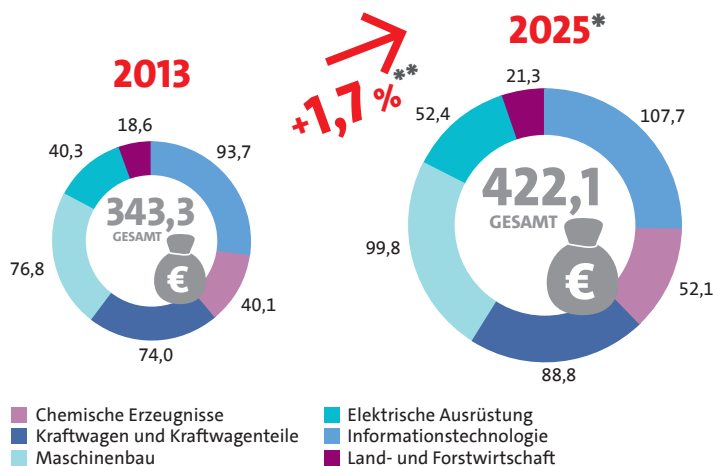
- Wir bauen die industrielle Basis unserer Volkswirtschaft weiter aus. Industrie 4.0 – die technische Vernetzung der Produktion – machen wir zu einem Erfolgsmodell für unser Land.
- Klima- und Umweltschutz führen zu innovativen Technologien und kreativen Geschäftsmodellen. Dadurch werden neue und zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen.
- Wir brauchen mehr Gründergeist in Deutschland. Junge Unternehmerinnen und Unternehmer und Gründerinnen und Gründer tragen zu erfolgreichen Strukturwandel, zu Innovationen und zur Schaffung attraktiver Arbeitsplätze bei. Wir wollen eine Kultur der „nächsten Chance“.

HANNELORE KRAFT

Nicht „entweder oder“, sondern „sowohl als auch“. Das ist die Antwort für gute Arbeit – auch morgen. Das sehen wir in Nordrhein-Westfalen und überall in Deutschland: Neue Arbeitsplätze in Umwelt- **und** in Energiebranchen. In Dienstleistung **und** Industrie. In Forschung **und** Handwerk. Für Qualität und gerechte Löhne.

WACHSTUMSCHANCEN DURCH INDUSTRIE 4.0

Bruttowertschöpfung ausgewählter Branchen in Deutschland (in Mrd. €)



Weiterführende Links

Bündnis für Industrie: www.buendnis-fuer-industrie.de/startseite/

Portal für Umwelttechnologie: www.greentech-made-in-germany.de/

Standpunkte für eine starke Wirtschaft: www.spd.de/standpunkte/starke-wirtschaft-in-der-gerechten-gesellschaft/

ZEIT FÜR UMWELT UND NACHHALTIGKEIT

Umweltschutz ist kein Luxus, sondern auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Unsere Natur, unsere Ressourcen und unser Klima wollen wir schützen. Die Zeiten sind vorbei, in denen man geglaubt hat, dass Wirtschaft, Umweltschutz und Nachhaltigkeit Gegensätze sind. In der Landwirtschaft und der Produktion und beim Klimaschutz betrachten wir ökologische, ökonomische und soziale Entwicklungen zusammen.

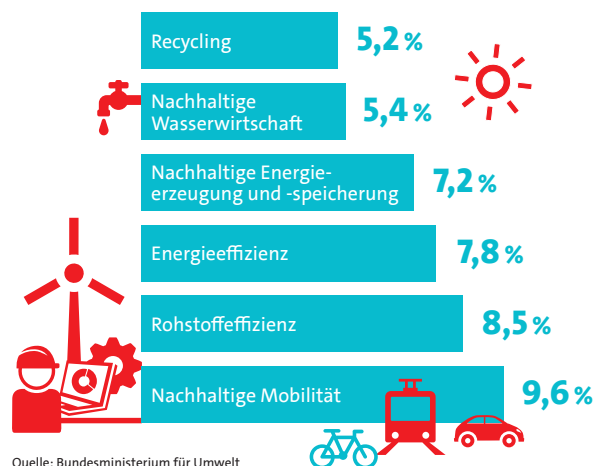
- Frische Luft, gesunde Böden, saubere Gewässer und eine intakte Atmosphäre sind existenziell – und zwar für alle. Umweltbelastungen vertiefen soziale Ungleichheit – in Deutschland wie auch weltweit.
- Viele Menschen in Deutschland leben in Gebieten mit hoher Lärmbelastung und schlechter Luftqualität. Der Schutz dieser Menschen ist eine wichtige Aufgabe. Wir brauchen menschengerechte Städte.
- Deutschland profitiert von der weltweit zunehmenden Nachfrage nach „grünen“ Produkten, Technologien und Dienstleistungen. Hier finden hunderttausende Menschen Arbeit und durch die Wachstumsimpulse werden auch in den kommenden Jahren weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt.

UTE VOGT

Umweltschutz ist kein Luxus, sondern eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Mit umweltfreundlichen Technologien erhöhen wir die Lebensqualität aller Menschen und sichern unseren Wohlstand.

UMWELTECHNOLOGIEN

Mitarbeiterwachstum bis 2018



Weiterführende Links

Bundesministerium für Umwelt und Bauen: www.bmub.bund.de

Standpunkte Umwelt: www.spd.de/standpunkte/saubere-umwelt-gesundes-klima/

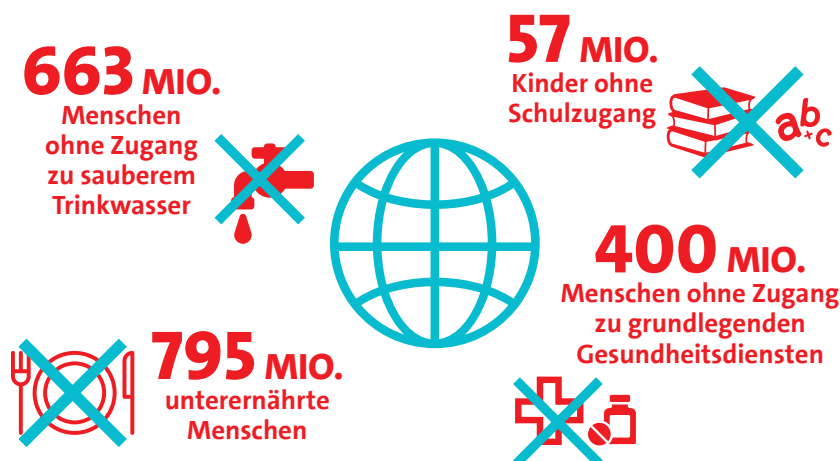
ZEIT FÜR GLOBALE GERECHTIGKEIT

Für Milliarden Menschen hat sich in den letzten Jahrzehnten das Leben verbessert. Und doch leiden immer noch viele Millionen an Hunger und Armut. Kriege, Diktaturen und Umweltkatastrophen bedrohen ihre Lebensperspektiven. Dies sind die Hauptursachen für Flucht. Das Ziel der Globalisierung muss Gerechtigkeit für alle und nicht Reichtum für wenige sein. Deshalb wollen wir besonders in den Ländern Afrikas eine Politik unterstützen, die für Stabilität, Entwicklung und Perspektiven sorgt. Das bedeutet an erster Stelle: aktive Friedenspolitik in den Regionen um Europa und bessere wirtschaftliche Perspektiven in den Krisengebieten.

- Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind wir solidarisch mit den Flüchtlingen und sorgen dafür, dass schutzbedürftige Menschen in Deutschland Zuflucht erhalten.
- Die wirksamste Form der Hilfe besteht jedoch darin, direkt die Fluchtursachen vor Ort zu bekämpfen.
- Gute Politik für Stabilität und Entwicklung braucht eine angemessene finanzielle Ausstattung und ein stimmiges Konzept. Wie wollen daher die Mittel für Entwicklungspolitik aufstocken. Wir unterstützen die Agenda 2030 der Vereinten Nationen, die 17 Ziele für Frieden und nachhaltige Entwicklung formuliert hat.

FRANK-WALTER STEINMEIER

Ich bin dankbar, dass meine Generation in Deutschland nie den Horror des Krieges erleben musste. Dankbar, dass ich meiner Familie nie eine lebensgefährliche Flucht zumuten musste. Diese Dankbarkeit ist der Ansporn, weltweit für Frieden, Gerechtigkeit und gute Lebensbedingungen zu streiten. Wir müssen nicht nur Waren exportieren, sondern auch Frieden und Gerechtigkeit. Und wer dennoch vor Krieg und Terror fliehen muss, wird auch in Zukunft bei uns Schutz finden.



Weiterführende Links

Agenda 2030 beim BMUB: www.bmub.bund.de/themen/strategien-bilanzen-gesetze/nachhaltige-entwicklung/2030-agenda/
Arbeitsgruppe Wirtschaftliche Zusammenarbeit der SPD-Fraktion: www.spdfraktion.de/fraktion/arbeitsgruppen/arbeitsgruppe-wirtschaftliche-zusammenarbeit-entwicklung

ZEIT FÜR MEHR SICHERHEIT

Deutschland ist eines der sichersten Länder der Welt. Dennoch machen Alltagskriminalität wie Einbrüche und Diebstähle sowie Terrorgefahr den Menschen Sorge. Unsere Antwort darauf ist die deutliche Verstärkung des wehrhaften Rechtsstaats. Wir wollen mindestens 6.000 zusätzliche Bundespolizeikräfte, von denen wir 3.000 schon durchgesetzt haben. Außerdem brauchen wir eine moderne Ausstattung für die Sicherheitsbehörden und eine leistungsfähige Justiz. Auch jeder Fall von Alltagskriminalität muss verfolgt werden.

- Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte müssen in gleichem Maße gut ausgestattet sein: Straftaten müssen schnell zur Anklage gebracht und Täter verurteilt werden.
- Terror und Extremismus bekämpfen wir mit einem Dreiklang aus Strafverfolgung, Vorbeugung und Ausstiegshilfe. Wir wollen dabei eine stärkere Koordinierung in Deutschland und in Europa.
- Wir sagen der Alltagskriminalität den Kampf an. Auch wenn die Straftaten insgesamt nur geringfügig zunehmen, so beeinträchtigen Körperverletzungen, Vandalismus, Diebstähle und vor allem Wohnungseinbrüche das Sicherheitsgefühl der Menschen.

HEIKO MAAS

Wer gegen Recht und Gesetz verstößt, bricht die Regeln unserer freien, offenen Gesellschaft. Und Kriminelle sind in unserem demokratischen Rechtsstaat Sache von Justiz und Polizei: mit mehr gut ausgebildeten Frauen und Männern – und mit modernster Ausrüstung. Was wir nicht brauchen, sind Soldaten oder sogenannte „Bürgerwehren“ auf den Straßen!

THOMAS OPPERMANN

Die SPD will einen handlungsfähigen Staat, der die Menschen vor Gewalt und Konflikten schützt. Nur ein Staat, der öffentliche Sicherheit garantiert, kann Freiheit gewährleisten. Deshalb investieren wir in Prävention und stärken Polizei und Justiz.

ENTWICKLUNG DER STRAFTATEN UND SICHERHEITSGEFÜHL

STRAFTATEN GESAMT

OHNE AUSLÄNDERRECHTLICHE VERSTÖßE

+0%

DIEBSTAHL-KRIMINALITÄT

+1,8%

2014

2015

Sorge, dass Gewalt und Kriminalität zunehmen, haben:

60%

2015

Quelle: Bundeskriminalamt/Allensbach

Weiterführende Links

Standpunkte zur Sicherheit: www.spd.de/standpunkte/freiheit-in-sicherheit/

Beschluss der SPD-Bundestagsfraktion: www.spdfraktion.de/system/files/documents/oeffentliche_sicherheit.pdf

Informationen des BMJV: www.bmjv.de/DE/Themen/OpferschutzUndGewaltpraevention/OpferschutzUndGewaltpraevention_node.html

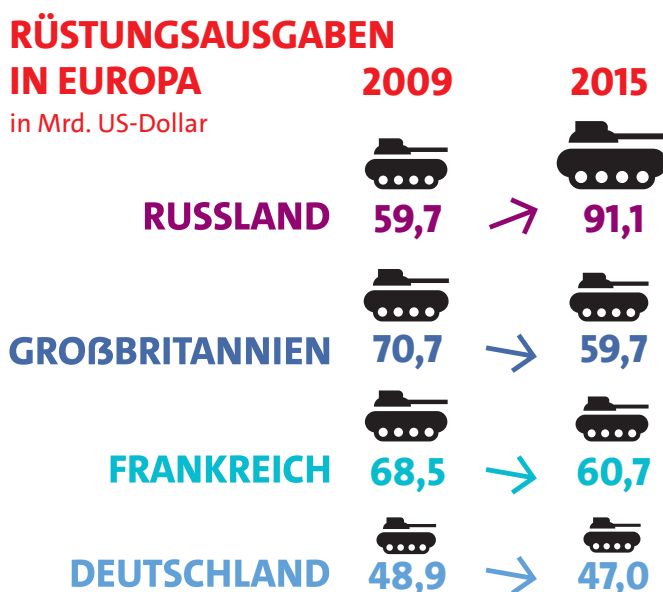
ZEIT FÜR FRIEDEN – EINE NEUE ABRÜSTUNGSINITIATIVE IN EUROPA

Wir arbeiten für den Frieden. Kaum eine Partei hat sich über Jahrzehnte hinweg international so sehr für Abrüstung eingesetzt wie die SPD. Wir setzen auf politischen Ausgleich, Krisenprävention und Stabilisierung. Nicht Konfrontation und neue Aufrüstungsspiralen sichern unseren Frieden, sondern Entspannung, Zusammenarbeit, Rüstungskontrolle und Abrüstung. Wir wissen: Nachhaltige Sicherheit ist nur durch Dialog und Kooperation möglich. Wir treten für eine starke Bundeswehr und die militärische Partnerschaft in der EU und der NATO ein. Aber wir werden auch eine neue europäische Abrüstungsinitiative und einen Neustart in der Rüstungskontrolle erreichen.

- Eine Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen bleibt unser Ziel.
- Wir sind davon überzeugt, dass Frieden und Sicherheit in Europa nur mit Russland möglich ist. Dafür bedarf es der Deeskalation, der Rückkehr zum politischen Dialog und der intelligenten Anwendung von Sanktionsmechanismen.
- Mit einem Neustart der Rüstungskontrolle können wir ein konkretes Kooperationsangebot machen, und zwar an alle, die für Europas Sicherheit Verantwortung tragen wollen.

FRANK-WALTER STEINMEIER

Wir müssen wieder über Rüstungskontrolle und Abrüstung in Europa sprechen, mit unseren westlichen Partnern und mit Russland! Denn wenn wir die Dinge einfach laufen lassen, dann droht uns ein neues, gefährliches Wettrennen – mit neuen militärischen Strategien, mit neuen Waffentechnologien, mit Drohnen, Cyber-Angriffen, auch mit der Aufrüstung im Weltraum. Bei so einem Wettrennen gewinnt niemand, sondern es verlieren am Ende beide Seiten.



Quelle: Forschungsinstitut Sipri

Weiterführende Links

Initiative Rüstungskontrolle: www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2016/08/2016-08-26-steinmeier-initiative-ruestungskontrolle.html

Namensartikel Frank-Walter Steinmeier in der FAZ: www.auswaertiges-amt.de/sid_ECE3FD6A2568A9F-52862D3F8F8482EB5/DE/Infoservice/Presse/Interviews/2016/160826_BM_FAZ.html?nn=692502

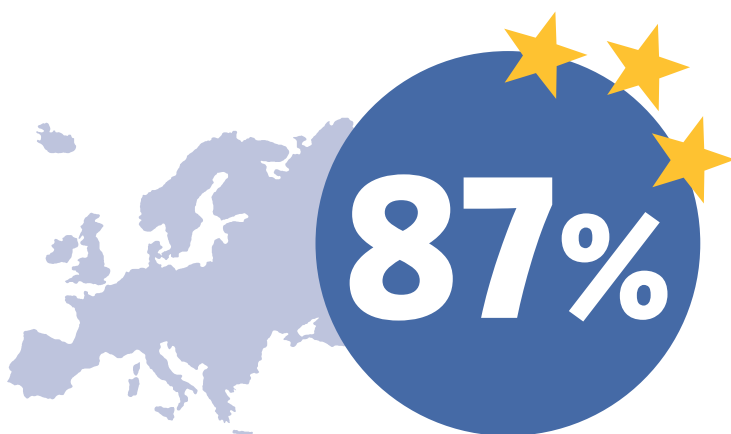


Wir
SCHREIBEN
ZUKUNFT
#OPENSPD

ZEIT FÜR FAIRE REGELN IN EINEM FREIEN UND SOLIDARISCHEN EUROPA

Nirgendwo in der Welt ist das Leben friedlicher, sicherer und demokratischer als auf dem europäischen Kontinent. Die SPD steht für einen neuen Gemeinschaftsgeist und einen Aufbruch für Europa. Dem Vormarsch autoritärer politischer Antworten und Regime setzen wir unsere europäische Antwort von Freiheit und Solidarität entgegen. Die EU braucht eine Erneuerung: für die konsequente Bekämpfung des Steuerdumping und gegen Steuerhinterziehung. Für gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Und einen fairen Wettbewerb um Aufträge und Arbeitsplätze und gegen den Sozialmissbrauch. Eine Zusammenarbeit in einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung ist nur mit einem klaren und uneingeschränkten Bekenntnis zur Europäischen Union denkbar.

- Ein besseres Europa ist unsere Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung.
- Wir wollen ein Europa, das die Schlupflöcher für Steuerhinterziehung und Steuerdumping schließt und das faire Löhne und die Arbeitnehmerrechte schützt. Unternehmen müssen dort ihre Steuern zahlen, wo sie angesiedelt sind und Infrastruktur in Anspruch nehmen.
- Europa braucht eine andere Sozial- und Wirtschaftspolitik mit mehr Investitionen für ein besseres Leben aller Menschen in Europa.



FÜR EUROPA

87% wollen, dass Deutschland in der EU bleibt.

Quelle: TNS Emnid

Weiterführende Links

Junge Europäische Föderalisten – Jugend für Europa: www.jef.de

Standpunkte zu Europa: www.spd.de/standpunkte/unser-europa-solidarisch-und-stark

Europa in der SPD-Fraktion: www.spdfraktion.de/themen/europa

MARTIN SCHULZ

Die europäische Integration ist eine einzigartige Erfolgsgeschichte. Sie beruht auf der Idee von einem freien, gerechten und solidarischen Zusammenleben der Menschen, auf der Idee, die Herausforderungen, vor denen wir stehen, gemeinsam zu lösen. Eines unserer wichtigsten Ziele für ein zukünftiges Europa ist ein europäischer Solidaripakt. Wir wollen ein Europa, das in die Zukunft der Menschen, in gute Jobs und in wettbewerbsfähige Unternehmen investiert.

THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL

Uns geht es um Steuergerechtigkeit. Es ist nicht hinnehmbar, dass das familiengeführte Café an der Ecke mehr Steuern und Sozialabgaben zahlt als eine internationale Kette. Es kann nicht sein, dass jede KassiererIn, jeder Handwerker, jede Ärztin hart arbeiten und Beiträge leisten, damit es in der Kleinstadt noch ein Krankenhaus gibt. Damit Kitaplätze eingerichtet und Straßen gebaut werden können. Und andere, die sich mit Beratern umgeben, ihre Pflichten zur Solidargemeinschaft umgehen. Deshalb steht Steuergerechtigkeit ganz oben auf der Tagesordnung.